ZECK

zeitung für arbeiten unter der oberfläche

Nr. 73 | Oktober 1998



Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Peter Meyer, Bernadottestr.38 22765 Hamburg

Hamburg alternativ im Internet: Die Bunten Seiten Hamburg www.web-line.com/bs

CONTRASTE ist die bundesweite Monatszeitschrift für Selbstorganisation und dient den alternativen Bewegungen als monatliches Sprachrohr und Diskussionsforum. Regelmäßige Berichte informieren über Neugründungen und Aktivitäten von Projekten, Selbsthilfeinitiativen, selbstverwalteten Betrieben und Genossenschaften und vieles mehr.

Die Redaktion Hamburg hat aktuell eine Homepage mit über 400 Adressen von Hamburger alternativen Betrieben, Projekten und Initiativen, Frauen- und Ökologiegruppen ins Internet gestellt. Bisher sind dort ca. 70 von ihnen mit eigenen Infoseiten oder Homepages verbunden. Wir haben es uns damit zur Aufgabe gemacht, ehrenamtlich die alternativ-wirtschaftlichen Verbindungen in Hamburg zu fördern. Das schließt die öffentliche Diskussion der Frage ein: Was ist eigentlich alternativ? Wie sollen die Betriebe in der Krise des Marktes und angesichts der Kürzung staatlicher Fördermittel überleben? Gibt es Möglichkeiten direkter Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Projekten und Betrieben?

Die Adressen sind unter folgenden Stichworten geordnet:

Bau- und Regionalplanung; Bildung; Dienstleistungen; Dritte Welt - eine Welt; Frauen; Gastronomie; Handel; Handwerk; Kultur und Veranstaltungen; Medien; Ökologie; Politik und Soziales; Tauschringe; Verkehr; Wohnen; Index.

Die Adresse der Bunten Seiten lautet: www.web-line.com/bs

Den Bunten Seiten Hamburgs haben wir einen redaktionellen Teil angeschlossen, eine virtuelle Zeitung, die wir monatlich aktualisieren werden.

Die Adresse:

www.web-line.com/bs/contraste

Diese Internet-Zeitung enthält in 8 Rubriken sowohl etliche CONTRASTE-Artikel, als auch Berichte aus/ von Hamburger Projekten und Betrieben und Beiträge des Arbeitskreises Lokale Ökonomie Hamburg.

Nimm Zwei hat noch was frei

Die Anfänge des Wohnprojektes *Nimm Zwei* liegen acht Jahre zurück. Nach Hausbesetzungen in St. Pauli und Altona sowie Auseinandersetzungen um das ehemalige Laue-Gelände stellte die Stadt in der Ludwigstraße 8 ein Lager- und Bürogebäude zur Verfügung. Jetzt soll es mit der Umsetzung des Projekts schnell gehen: Die Baupläne sind fertig, die Baugenehmigung liegt vor, nur der Senat muß noch endgültig dem finanziellen Rahmen zustimmen. Anfang nächsten Jahres ist der Beginn des Umbaues geplant, für den mindestens ein Jahr vorgesehen ist. Am Bau muß das Projekt 15 % Eigenleistung erbringen.

Nimm Zwei bestand bisher aus drei gleich großen Teilgruppen, einer Frauen-, einer gemischten und einer Männergruppe. Die Frauengruppe hat sich im September weitestgehend aufgelöst. Problematisch war für viele Frauen der finanzielle Rahmen, die notwendigen Eigenleistungen am Bau, und noch relativ lange auf einen Einzug warten zu müssen. Die verbliebenen Frauen wollen nun zusammen mit neuen Frauen eine Sechser-Gruppe gründen. Für sechs weitere Menschen (eventuell auch mehr) wäre noch eine Etage im Vorderhaus frei. Am besten wär's mit einer weiteren Frauengruppe, aber vorstellbar sind auch andere Lösungen. Wenn Gruppen Interesse haben, können sie unter 438151 (Jörn, Malte) anrufen; alles weitere dann.



Der FrauenLesben Laden Mafalda in Bremen

Kreuzstr. 29 28203 Bremen
Tel/Fax 0421-70281

Seit Anfang 1996 gibt es in Bremen den autonomen FrauenLesben Laden Mafalda.

Mafalda ist ein Ort geworden, wo FrauenLesben Gruppen und einzelne FrauenLesben sich treffen, zuammen diskutieren, Informationen austauschen, Aktionen planen oder einfach nur klönnen.

Im Mafalda gibt es auch einen FrauenLesben Infoladen. Das Sortiment umfaßt: frauenlebespezifische Zeitungen und Zeitschriften, z.B. zu den Tehmen Naturwissenschaften, Gesundheitspolitik, Recht sowie Veröffentlichungen zu Behindertenpolitik, antifaschistische und antirassistische Zeitschriften, Anti AKW, Knast, Anti-Militarismus und Internationalismus.

Regelmäßige Termine:

Montag 16-18 Uhr
Infoladen mit Kaffee, Tee und Keksen
Dienstag ab 10 Uhr
Frühstück für erwerbslose FrauenLesben
Mittwoch 20 Uhr
autonomes FrauenLesben Plenum (jeden 1. und 3. Mittwoch)
Sonntag ab 15 Uhr Cafe 17 Uhr Veranstaltung und/oder Film

Der Laden inkl. Infoladen finanziert sich ausschließlich über die Mietzahlungen der Nutzerinnen und über Gelspenden und ist auf Unterstützung angewiesen.
Konto: U. Brückner Kto.Nr.: 11703048
BLZ 29050101 Sparkasse Bremen

Weltweit erster Paper-Move!

Von der Ludwigstraße zum Schulterblatt!! Großes Umzugs-Event ohne Musik am 24.10.1998!

Möglicherweise haben es schon einige ganz vergessen: Das Archiv der Sozialen Bewegungen und das FotoArchivKollektiv hatten bis zum Brand im November 1995 ihre Räume in der Roten Flora. Nun, nach fast drei Jahren unermüdlicher Bau- und Wiederaufbautätigkeit ist es endlich soweit: Von unseren Übergangsräumen in der Ludwigstraße 13 ziehen wir zurück in die Rote Flora. In den letzten drei Jahren sind die Bestände der Archive durch zahlreiche Unterstützung bereits wieder erheblich angewachsen: Vom Umfang her haben wir heute mehr Material als vor dem Brand. All diese vielen Kartons und Archivboxen können wir nicht zu siebt durch die Gegend tragen. Daher haben wir uns zu einem engagierten öffentlichen Umzug entschlossen.

Am 24.10.1998 um 12.30 Uhr wird die erste Archivbox in der Ludwigstraße 13 angegeben,

die dann wenige Minuten später, durch viele Hände hindurch, in der Flora im Regal aufgestellt wird. Das Prinzip des Paper-Move wird das der „fließenden Kette" sein: Jede und jeder trägt die Archivbox immer solange, bis jemand anders sie abnimmt. Funktioniert prima, wenn sich alle dran halten. Damit das Vorhaben aber überhaupt funktioniert, müssen wir viele sein. Natürlich muß auch der größte Feind des Open-Air-Umzuges, der Regen, diesmal zu Hause bleiben. Nach dem verregneten Sommer haben wir mithilfe kryptischer Kalender errechnet, daß der Oktober golden oder rot oder so ähnlich werden wird. Für Schlechtwetter-alternativen zum Umziehen werden wir aber trotz unseres Optimismus sorgen.

Um einen Überblick zu bekommen, wäre es gut, wenn ihr vorher Bescheid gebt, ob ihr kommt. Wir führen eine Strichliste. Als krönenden Abschluß wird am Abend in der Ludwigstraße 13 die definitive

Aus - dem - Haus - Party

stattfinden. Ab 21 Uhr erwarten Euch Musik, billige Getränke und erleichterte Gesichter.

Bis zum Umzug sind wir erreichbar am Montag von 17-19 Uhr, am Donnerstag von 16-19 Uhr in der Ludwigstraße 13, 20357 Hamburg, Tel. 040/433007. Unter dieser Nummer kann sogar nachts ein Fax gesendet werden. Die Archive sind in den Wochen vor und nach dem Umzug aus verständlichen Gründen nur sehr eingeschränkt nutzbar.

Beginn des Paper-Move: 24.10.98, 12 Uhr, Ludwigstraße 13

Eva Juhnke in der Türkei zu 15 Jahren verurteilt

Die Hamburgerin Eva Juhnke ist am 17.9.98 nach elfmonatiger Untersuchungshaft vom Staatssicherheitsgericht in Van wegen Mitgliedschaft in der PKK nach §168,2 Türk. Strafgesetzbuch zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt worden. Eva Juhnke selbst und ihre Verteidiger waren nicht vor Ort. Sie hatten mit Verweis auf die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, wonach türkische Staatssicherheitsgerichte kein „Recht" sprechen, die Teilnahme an dem Gerichtsprozeß verweigert. Eva Juhnke war im Oktober 97 auf irakischem Gebiet verhaftet und anschließend in die Türkei verschleppt worden.

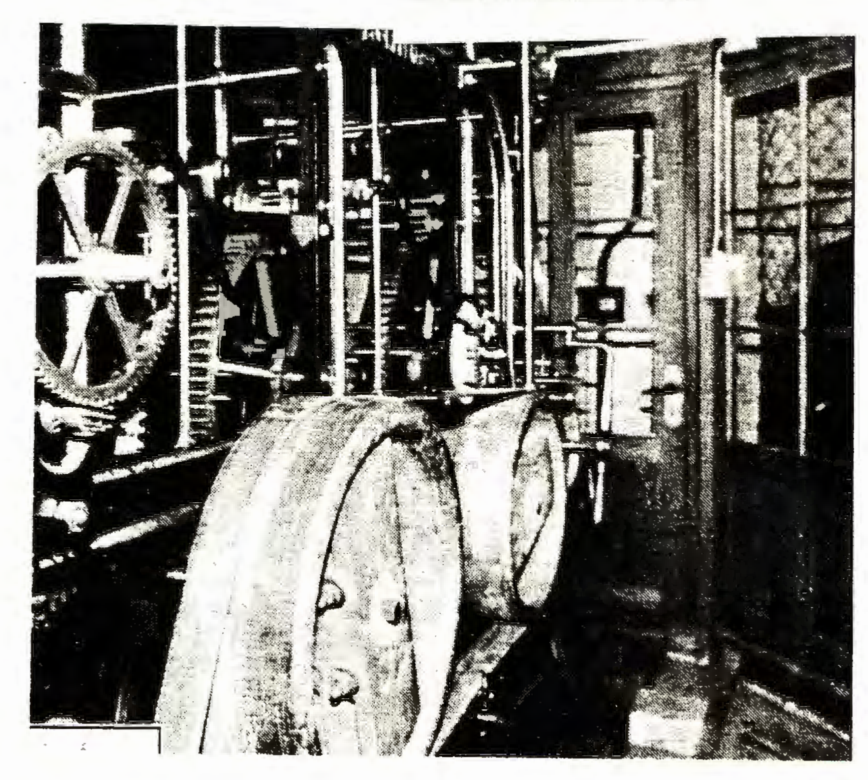
Beamtete Schläger freigesprochen

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die zwei Hamburger Polizisten freigesprochen, die 1994 den Journalisten Oliver Neß erheblich verletzten. Anläßlich eines Auftritts des österreichischen Neurechten Jörg Haider auf dem Gänsemarkt am 30.5.94 war Oliver Neß von den Schlägern so verletzt worden, daß er ein Jahr arbeitsunfähig war. Das Hamburger Landgericht hatte die Polizeibeamten im Juni 96 wegen Körperverletzung und Nötigung zu Geldstrafen verurteilt. Der 5. Strafsenat des BGH begründete den Freispruch u.a. mit der Verzögerung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft Hamburg. Diese Verzögerung müsse sich zugunsten der Angeklagten auswirken. Des weiteren beanstandeten die Bundesrichter, die Annahme des Gerichts 1996, die Polizisten hätten an Oliver Neß „ein Exempel statuieren" wollen, habe „der Hektik des Tatgeschehens und der Streßsituation der Beteiligten nicht ausreichend Rechnung getragen".

NPD/JN in Verden gescheitert

Für den 29.8.98 11 Uhr hatte die NPD/JN eine Kundgebung auf dem Verdener Rathausplatz angemeldet. Dieser wurde allerdings ab etwa 10.30 Uhr von etwa 60 GegendemonstrantInnen besetzt gehalten. Ganze 13 Neonazis versuchten dann, abgeschirmt von Oldenburger Bereitschaftspolizei, den Platz für sich einzunehmen, was ihnen nicht mal zu einem Viertel gelang. Sie führten Holztafeln, sowie JN-Fahnen und eine Schwarz-weiß-rote Fahne mit sich. Als prominenter Redner entpuppte sich der nordrhein-westfälische NPD-Aktivist Achim Ezer. Trotz seines Handmegaphons erwiesen sich die PlatzbesetzerInnen als lautstärker, so daß es für potentielle ZuhörerInnen unmöglich wurde, auch nur einen zusammenhängenden Satz zu vernehmen. Die Polizei verhielt sich während der einstündigen „Kundgebung" ruhig. Der NPD-Aufmarsch kann abermals als gescheitert angesehen werden. Im Anschluß wurden sie von der Polizei zu ihren Autos eskortiert. Auf einem Parkplatz wurde Achim Ezer aus seinem Auto gezerrt und bekam Prügel. Auch wurde ein weiterer Wagen der Neonazis durch Steinwürfe beschädigt.

Peinlich dagegen waren verschiedene bürgerliche Verdener Organisationen wie DGB, SPD, Jusos, Grüne, Friedensinitiative, Geschichtswerkstatt u.a., die zu einem Schweigemarsch unter dem Motto „Dem Haß keine Chance" an der NPD-Kundgebung vorbei aufriefen. Den Vorschlag, ebenfalls den Platz zu besetzen, lehnten sie mit dem Hinweis auf ihr Motto ab. Während die entschlossenen PlatzbesetzerInnen die rassistischen Parolen der Neonazis lautstark niedermachten, liefen etwa 80 dieser Friedensbewegten mit Blümchen in den Händen eilig und SCHWEIGEND! auf dem Bürgersteig direkt am Geschehen vorbei.





Autonomie ist selbstbestimmte Abhängigkeit[1]

zum Artikel über die Drogendiskussion im Schanzenviertel von Elly

In der letzten Zeck kritisierte Elly, die "klassisch autonome Weltsicht" in der Drogendiskussion und die Fixierung gegen den "reaktionären Staatsapparat". Die Freigabe von illegalisierten Drogen als einzige Lösung aus der derzeitigen Situation sei "einseitiger, pseudoradikaler Nonsens", da Suchtstrukturen darin überhaupt nicht thematisiert werden. Im Folgenden möchte ich darstellen, weshalb ich im Gegensatz zu Elly, die Freigabe illegalisierter Drogen zwar auch nicht für eine irgendwie geartete Lösung halte, aber dennoch für eine unverzichtbare Voraussetzung in der weiteren Drogenpolitik. Auch die generelle Abwehr gegen autonome Politik halte ich in diesem Zusammenhang für nicht begründet, sondern eher für eine zeitgeistgemäße, negative Projektion aufs autonome Image. Aber genug der langen Vorreden.

Ohne Frage führen Suchtstrukturen häufig zu unsolidarischem und rücksichtslosem Verhalten. Allerdings bleibt offen, weshalb manches Suchtverhalten stärker kriminalisiert wird als anderes. Daß die Massendroge Alkohol wesentlich stärker in die Gesellschaft wirkt als die Alternativdroge Heroin, steht doch wohl außer Frage. Dennoch wird Alkohol besteuert, umworben und vertrieben. Manche Lokalpolitiker outen sich gar selbst als Abhängige, wenn es darum geht Arbeitsplätze in den örtlichen Drogenfabriken auf St. Pauli zu retten. Andererseits wird z.B. Heroin verboten und in einen illegalen Markt gedrängt, wobei der Verlust von z.B. Arbeitsplätzen im mittelständischen Gewerbe wiedereinmal kein Schwein interessiert. Das Thema Drogen ist eben, wie nur wenig andere, ideologisch belegt und dementsprechend wird auch Drogen-Politik nicht durch Sachverhalte sondern von politischen Interessen bestimmt.

Drogenverbote gibt es weder zum Schutz vor Drogen noch als Austiegshilfe, und auch als Prävention vor Suchtverhalten machen sie keinen Sinn. Ihre größte Bedeutung erlangen Drogenverbote im Bereich der Abschreckung. Wer Drogen nimmt und verkauft, kommt in den Knast oder krepiert daran. Die Menschen kommen dabei aber nicht wegen irgendwelcher Drogen, sondern aufgrund der sie umgebenden Gesetze in den Knast. DrogenbenutzerInnen sterben im allgemeinen auch nicht schlicht an der Droge, sondern an deren Begleitumständen (unreiner Stoff, sozialer Abstieg). Durch Gesetze, durch die Herstellung von Legalität und Illegalität werden diese Begleitumstände erst geschaffen.

Drogenverbote machen letztlich nur Sinn zur Aufrechterhaltung bürgerlicher Bedrohungsszenarien, wie die der "offenen Drogenszene" oder der "kriminellen Ausländer". Eine solche Erkenntniss hat weniger (wie Elly unterstellt) mit klassisch autonomer Weltsicht zu tun, sondern vielmehr mit den dahinterliegenden Interessen. Die liegen gerade im Wahlkampf offen auf der Hand. Die Polizei braucht Bedrohungsszenarien wie die "organisierte Kriminalität" oder den Drogenhandel, zur Legitimation ihres gewaltigen Machtapparates, zur Einführung neuer Gesetze und zur allgemeinen Imageverbesserung (..dein Freund und Helfer). Parteien und PolitikerInnen verschaffen sich, solange sie über kriminelle Ausländer, lasche Gesetze und unerträgliche Zustände phantasieren, leicht Munition, um die Lufthoheit über den deutschen Stammtischen zu behalten. Gerade die Stippvisite Volker Rühes durchs Schanzenviertel mit rassistischen- und Saubermannparolen hat dies wieder einmal deutlich belegt. Und auch die Zeitungen brauchen Aufmacher, die in vier Wörtern fettgedruckt die Welt erklären.

Daß eine Thematisierung von Suchtverhalten in der gegenwärtigen "Szene-Diskussion" um Drogen meist zu kurz kommt, ist sicher richtig. Allerdings: Alles zu seiner Zeit! Solange DrogenbenutzerInnen auf den Straßen krepieren müssen, weil eine Form der Legalisierung von illegalen Drogen, aus den oben beschriebenen Gründen, politisch nicht durchsetzbar ist, reiht sich eine "Anti-Sucht-Position" zwangsläufig in den herrschenden Ausgrenzungs- und Vertreibungsdiskurs ein. Diese schmerzhafte Erfahrung mußten im Schanzenviertel gerade erst die Initiative "erste Hilfe Sternchanze" machen oder auch die Baschu und (Ex)Flora-Park-Initiative. Gerade deren Engagement, wurde doch zur Legitimationsstütze der heutigen massiven Polizeipräsenz im Viertel. Nicht umsonst hat sich das öffentliche Auftreten dieser Initiativen so verändert, daß heute wesentlich stärker Kritik an Polizeimaßnahmen und politischen Versäumnissen, wie der ungenügenden Einrichtung von Fixräumen, geübt wird.

Bereits seit Anfang der Neunziger hat sich eine Politik im öffentlichen Raum durchgesetzt, die soziale Maßnahmen mit Repression verknüpft, nach dem Tenor "hart gegen Dealer, Hilfe für die Süchtigen". Während repressive Maßnahmen nach politischen Auseinandersetzungen dabei meist auf den Fuß folgen, bleiben weitergehende soziale Bemühungen aus, werden selbst seit Jahren überfällige Minischritte hin zu Druckräumen zu einem politischen Tauziehen auf des Messers Schneide.

Für die Linke muß ersteinmal die Verbesserung der direkten Lebensverhältnisse der Betroffenen dieser staatlichen Repression im Mittelpunkt stehen. Die Herstellung von so etwas wie einer gleichberechtigten politischen und sozialen Ausgangsposition von z.B. AlkoholikerInnen und FixerInnen. Eine solche Gleichberechtigung ist notwendig, um ersteinmal eine Situation zu schaffen, in der eine bewußte Entscheidung von DrogenbenutzerInnen über ihren Konsum möglich wird. Zwangsnüchternheitsstrukturen, wie z.B. während der Prohibition in den USA, haben seit jeher immer schon zu einem unkoktrollierterem Drogenkonsum geführt. Um trocken oder clean zu sein, um kontrolliert zu saufen oder zu drücken, braucht es die freie Entscheidungsmöglichkeit von jeder/m selbst. Dies belegen doch gerade auch Erfahrungen von Drogenhilfe- und Entzugseinrichtungen.

Entfremdung, Abhängigkeit und Unselbständigkeit, die Elly (zurecht) mit dem Drogenkonsum verknüpft, werden in dieser Gesellschaft doch weit mehr von den patriarchalen, kapitalistischen oder wie auch immer Verhältnissen produziert, als von Drogen. Der Mythos ein unabhängiges (welch patriarchales Lebenskonzept) und cleanes (welch christlicher Wunsch nach Unbeflecktheit) Leben führen zu können, ist doch vielmehr die Wurzel des Übels. Gerade solche nicht lebbaren Vorstellungen einer starken und selbstbestimmten Lebensführung, lassen doch viele Leute zerbrechen und Trost im Rausch suchen. Abhängigkeiten und Unselbstständigkeiten lassen sich nicht wegreden und auch nicht per Abstinenz ablegen, sondern sind auch und vor allem bestehende soziale Zwänge. Daher muß es eher darum gehen, unsere Abhängigkeiten wahrzunehmen und einen konstruktiven Umgang mit solchen zu finden. Letztlich führt nur die Anerkennung von Verhältnissen zur Überwindung von diesen.

Solche Positionen lassen sich in den Zeiten der postmodernen Beliebigkeit und der damit zusammenhängenden Bewegungslosigkeit der linksradikalen Szene sehr leicht kritisieren. Und Beifall scheint von allen Seiten gewiß, wenn die "klassisch autonome Weltsicht" kritisiert wird, der "linke Mythos vom entrechteten, gequälten Subjekt", das es zu erretten gilt. Dennoch scheinen es mir in diesen Zeiten der bedeutungslosen Linken gerade solche autonome Weltsichten diejenigen zu sein, die überhaupt noch praktische Ansätze und Utopien für eine radikale Linke möglich machen. Sicher liegt in Bevormundung und Paternalismus immer eine Gefahr. Dort, wo sich jedoch solidarisch und kritisch aufeinander bezogen wird, und wo die eigenen Lebensverhältnisse nicht außer acht gelassen werden, tun sich in der Praxis Widersprüche, Grenzen und Erfahrungen auf, die die linken Mythen vom Entrechtet sein, von selber knacken.

Was ich vermisse, sind Projekte und Menschen, die sich tatsächlich in einen praktischen Bezug in der derzeitigen Auseinandersetzung stellen. Die, wie es im Flora-

Flugblatt so schön formuliert wurde, nicht nur über, sondern auch mit Junkies und Dealern reden. Sicher ist die Flora alles andere als die heilige Lanze in der Drogenauseinandersetzung und sicher läuft auch dort vieles schief. Aber immerhin ist dort eine Position entstanden, die eine aktzeptierte Druckmöglichkeit hinter der Flora erst möglich gemacht hat und damit Teil eines Versuches zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von DrogenbenutzerInnen ist. Mensch mag der Flora viel vorwerfen können, aber gerade angesichts der Entschlossenheit, mit der trotz aller Schwierigkeiten dort versucht wird, wenn schon nicht ein Zusammen so doch wenigstens ein Nebeneinanderherleben zu organisieren, enthebt die Vorwürfe von Elly, den von ihr vermuteten autonomen Spagat zwischen Paternalismus und platter "Anti-Staat-Politik", ihrer Berechtigung.
Sicher gibt es viele heterogene Positionen um die Flora. Ich teile selber auch nicht alles. Happy Birthday Heroin ist natürlich Quatsch (kann von mir aber sogar als solcher stehengelassen werden). Auch die Projezierung eines "deutschen Mobs" in die Straßen im Schanzenviertel finde ich Unsinn. Es hat nichts mit autonomen Viertelmythos zu tun, wenn mensch, trotz mancher Kollaboration von AnwohnerInnen mit den Bullen feststellt: Die Schanze ist nicht Hoyerswerda und auch nicht Groß-Flottbeck. Manchmal könnte mensch schon meinen, die ViertelbewohnerInnen sollen in ihrer Gesamtheit für ausgebliebene Revolutionen im Stadtteil nun abgestraft werden, wie sie früher für erwartete Revolutionen umworben wurden. Daß Schanzenviertel ist nach wie vor ein eher linker Stadtteil und der Umstand, das auch die größten KritikerInnen der vermeintlichen Viertelidentitätspolitik dort am liebsten ihre Zelte aufschlagen, spricht für sich selbst. Letztlich wäre die aktuelle Auseinandersetzung um Drogenpolitik, ohne die Verankerung autonomer Positionen im Stadtteil, völlig anders bestimmt und hätte eine noch schlimmere Dynamik der Hetze und Ausgrenzung. Es ist zwar modern geworden, Stadtteilpolitik zu verdammen, aber es ist eben auch schlicht falsch, so zu tun, als würden die Uhren im Schanzenviertel nicht zumindest ein Stück anders gehen als in Eimsbüttel oder Eppendorf. Der Umstand, daß dies nicht geographisch oder am Viertel an sich zu erklären ist, sondern vor allem mit größerer linker Intervention als in anderen Teilen der Stadt zu tun hat, belegt dabei die Notwendigkeit solcher Stadtteilpolitik. Die Frage kann höchstens sein: Wie ist sie bestimmt? Dennoch, trotz vieler durchaus unterschiedlicher Meinungen, eine Gemeinsamkeit ist mir in der aktuellen Drogendiskussion wichtig und bietet Raum für weitere Auseiandersetzungen: Die Ablehnung der Illegalisierung, Ausgrenzung und Verfolgung der Drogenszene. Dabei geht es meiner Meinung nach tatsächlich, und da hat Elly recht, nicht um eine "Lösung" der Drogenpropleme an sich, sondern um eine Loslösung aus den menschenunwürdigen Verhältnissen, denen Junkies und StraßendealerInnen unterworfen sind.
Überhaupt sollten wir alle weniger nach Lösungen, die auch eine Legalisierung nicht bringen wird, als vielmehr nach Veränderungen als Teil weiterführender Prozesse streben. Natürlich als Teil einer kleinen, linken, radikalen Strömung, die auf ihrem Weg, Unordnung und Chaos in den Schaltzentralen der Macht, dem "reaktionären Staatsapparat" verbreitet. Aber das versteht sich ja von selbst und solcher Spaß sollte bei aller Differenzierung auch jeder/m vergönnt sein.

Ein mensch aus dem Flora-Umfeld

---

[1] Abhängikeit und Unselbständigkeit seien doch keine linken Ideale, fragt Elly am Ende iihres Textes. Das Motto des Autonomie-Kongresses, Ostern 95 soll die Antwort sein. Auch Selbstbestimmung gibt es eben nicht ohne gewisse Abhängigkeiten.



Anquatschversuche lang und schmutzig

Anfang August diesen Jahres wurde erneut eine Genossin aus dem Umfeld der Roten Flora von einem Angestellten des Landesamtes für Verfassungsschutz um Mitarbeit gebeten.
Auf einem Spaziergang außerhalb der "Szeneviertel" wurde sie überraschend angesprochen, ob sie nicht Lust habe, sich auf einen kurzen Kaffee einladen zu lassen, es würde um ein konkretes Angebot für einen Nebenverdienst gehen. Im Verlaufe des sich anschließenden, kurzen Gespräches eröffnete ihr Mister X, daß er als Verfassungsschützer Informationen über den Bereich Linksextremismus sammele und zur Zeit spezielles Interesse an der Strukturdiskussion / Nutzung der Roten Flora habe. Desweiteren interessieren ihn zwei Gruppen ganz besonders, eine davon aus dem Antifa- Spektrum.
Die Umstände dieser versuchten Kontaktaufnahme lassen mal wieder darauf schließen, daß die "Zielperson" genau ausgewählt und entsprechend vorher observiert wurde; die Bedingungen der Kontaktaufnahme waren somit eindeutig von dem VS-Beamten bestimmt. Dennoch wartet der VS weiterhin vergeblich auf Antwort.
Da sich zur Zeit scheinbar diese Fälle mal wieder mehren und leider weiterhin keine Eindeutigkeit im Umgang mit solchen Anquatschversuchen besteht, wollen wir nochmal klipp und klar feststellen:

- Es gibt keinen Grund, sich auf ein Gespräch einzulassen. Sicher ist es immer schwierig, in dem entscheidenden Moment der Überraschung geistesgegenwärtig zu reagieren. Die meisten von uns scheinen kurz "auf Zeit spielen" zu wollen, möchten wissen, weshalb die Behörde gerade auf sie zukommt, und was speziell sie wissen wollen. Es ist aber eine eitle Illusion zu denken, wir könnten das Gespräch in unserem Sinne nutzen, mehr aus ihnen herausquetschen als andersherum. Aus jedem noch so scheinbaren Geplänkel, jeder winzigen Minimalreaktion wie Erröten, Stocken, Lächeln usw. ziehen sie für weitere Versuche relevante gesprächspsychologische Erkenntnisse. Sie checken ab was du weißt, welche Drohung dich trifft, welches Angebot dich berührt, wovon du scheinbar Ahnung hast und wovon wohl eher nicht. Wenn du deinem Drang als Hobbydetektivin nachgibst, hast du schon verloren. Mit jeder Sekunde, die dieses Gespräch länger dauert, gibst du der Gegenseite einen weiteren Aufhänger nachzuhaken, weiterzufragen, dich einzuschätzen, um weiterhin, besser, an dir oder deinen Nachfolgerinnen dranbleiben zu können. Außerdem: die evtl. von Dir gewonnenen Erkenntnisse haben in der Regel kaum einen Wert, da das politische Ziel der VS-Arbeit eh klar ist: das Widerstandspotential in Quanti- und Qualität einschätzen zu können, um den Verfolgungsbehörden die Arbeit zu erleichtern. Daß sie jetzt speziell nach einer Gruppe oder einem Teilbereich nachfragen, hat nichts über deren/ dessen Relevanz auszusagen.
Ganz nebenbei versuchen sie durch diese Taktik immer bei uns ein diffuses Gefühl von Machtlosigkeit, allgegenwärtige Kontrolle und Peinlichkeit zu erzeugen ("wieso ausgerechnet ich, die halten mich anscheinend für besonders labil...").
Zur allgemeineren Einschätzung der Arbeit des VS verweisen wir auf die etwas fundiertere Ausführung der Roten Hilfe HH vom Juni 98 aus selbigem Anlaß.
- Desweiteren ist es dringend notwendig, jeden dieser Versuche sofort öffentlich zu machen, schon deshalb, um Dir selbst die notwendige Gewißheit zu verschaffen, zukünftig in Ruhe gelassen zu werden. Dies kann natürlich auch über dritte erfolgen, und die Ausführlichkeit oder Detailtreue kann je nach individuellen Umständen variieren. Dies ist das einzig eindeutige Zeichen der Absage; nur so machen wir ihre Taktik lächerlich, führen sie vor und zeigen, daß sie mal wieder überhaupt nichts schnallen. Die teilweise ausgesprochenen Druckelemente können bei näherem Hinsehen sowieso nicht greifen; es ist uns noch kein einziger Fall bekannt geworden, bei dem eine verweigerte Mitarbeit persönlich nachteilige Konsequenzen gehabt hätte.
Bei der Diskussion um den korrekten Umgang haben interessierte Gruppen auch überlegt, welche Konsequenzen es für uns hätte, wenn wir den Beamten im Moment des Angequatschtwerdens eine scheuern würden. Wir müsse uns da juristisch aber noch schlauer machen. Vorläufig haben wir uns entschieden, die Beamten zum Verzehr von Dackeldünnschiß zu zwingen, weshalb es geraten erscheint, stets einen kleinen Plastiklöffel mit sich zu tragen.

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß zunehmend Menschen aus unserem Umfeld angesprochen werden, häufig an der Uni, ob sie nicht wen aus der linken Szene für ein Interview vermitteln könnten (im Rahmen einer Soziologie-Diplomarbeit über Jugend und Extremismus oder ähnlichem Unfug). Wir vermuten dahinter ebenfalls eine VS-Taktik, müssen dem aber gemeinsam noch genauer nachgehen. Wir sollten solche Vorkommnisse sammeln; evtl. wäre die Rote Hilfe/ OG HH vorläufig die richtige Ansprechpartnerin.

HH, 25.09 98, vorwärts immer, rückwärts nimmer!



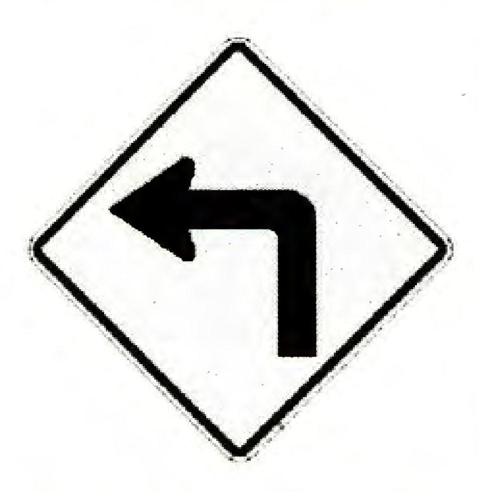
Einen Fußbreit für die Antifa!

Mega-Flop Rostock: Wer sich auf bürgerliche Bündnisse verläßt, ist verlassen

Vielleicht muß man es mal aussprechen: Die Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch in Rostock am 19. September (Jungle World, Nr. 39 / 98) waren der bisher größte Flop der Antifa-Bewegung. Trotz bundesweiter Mobilisierung machten sich nicht mal 2 000 Antifas aus dem linksradikalen, autonomen Spektrum auf den Weg in die Hansestadt, wo über 3 000 Nazis ungestört das Pogrom von 1992 feierten.

Auch die Tatsache, daß nochmal einige Tausend Menschen aus dem bürgerlichen Bündnisspketrum das Friedensfest in Lichtenhagen besuchten, und "die Guten" also insgesamt irgendwie mehr waren als die Nazis, macht die Sache nicht besser. Denn wie sich im nachhinein gezeigt hat, fand das ungewöhnlich breite Bündnis gegen Rechts, das von Autonomen bis zur SPD reichte, seine Aufgabe schließlich darin, Krawall zwischen rechten und linken Chaoten zu verhindern, anstatt den Nazis "keinen Fußbreit" zu gewähren.

Aus dem Bündnis kam der Druck auf die PDS, ihre eigene Demo-Anmeldung in Dierkow, wo die Nazis schließlich auflaufen konnten, zurückzuziehen, um eine Eskalation zwischen Antifas und Faschos zu vermeiden. Die PDS freilich, die in Rostock um ein Direktmandat für den Bundestag kämpfte, mußte nicht groß geschoben werden. Auch sie hatte keine Lust, für den zu erwartenden Zoff verantwortlich gemacht zu werden. Die von ihrer Partei mal wieder schwer enttäuschte Angela Marquardt sah es genau richtig: Die PDS hat sich "an der bürgerlichen Ausgrenzung gegenüber den Autonomen beteiligt".



Doch auch die autonome Antifa brachte es nicht fertig, selber eine Kundgebung in Dierkow oder Umgebung anzumelden oder dort zumindest einen Treffpunkt anzugeben. Nachdem sich fast alle angereisten Antifas in der Innenstadt befanden, war es natürlich klar, daß es kein Durchkommen mehr nach Dierkow geben würde. Der Stadtteil liegt auf der anderen Seite der Warnow und ist nur über drei Brükken erreichbar.

Doch auch eine bessere oder flexiblere Planung hätte vermutlich nicht viel genutzt. Aus zwei Gründen: Zum einen wurde sich viel zu sehr auf ein Bündnis verlassen, das auch politisch höchst fragwürdig war (SPD!). Und zweitens funktionieren die klassischen Methoden, gegen Nazi-Aufmärsche vorzugehen, eben nicht mehr. Antifas können nicht mehr davon ausgehen, in der Regel gegenüber den Faschos in der Überzahl zu sein. Gegendemos werden zunehmend verboten oder von der Polizei massiv behindert.



Die Stärke ausstrahlende Parole "Keinen Fußbreit den Faschisten!" verkommt mehr und mehr zur Aufschneiderei. Vielmehr vermitteln wir bei dem üblichen Gewürge mit der Polizei, daß wir erstmal für "einen Fußbreit für uns" streiten müssen.

Da die autonome Antifa schwächelt, scheint es auf den ersten Blick sinnvoll zu sein, sich vermehrt in Bündnissen auch mit Bürgerlichen gegen den Nazi-Boom zu stellen. Sicher: Es ist ein Erfolg, wenn, wie in Rostock geschehen, sich die allgemeine Stimmung gegen einen NPD-Aufmarsch richtet, die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister zu Gegenveranstaltungen aufrufen und Hunderte BürgerInnen Transparente mit dem von einer Werbeagentur (!) entworfenen Slogan "Bunt statt braun" aus dem Fenster hängen.

Doch hat sich schließlich an der Absage der Antifa-Demo in Dierkow gezeigt, worum es den RostockerInnen ging: Das Image ihrer Stadt zu retten, indem man weit ab vom Schuß ein Friedensfest feierte. Und eben nicht darum, den Nazi-Marsch zu verhindern. Daß das Verbot der NPD-Demo vor Gerichten keinen Bestand haben würde, war vorauszusehen; die Nazis in dem Fall aus der Stadt zu jagen, war aber offensichtlich nicht geplant. Mit dem Entzerren der linken und rechten Aktivitäten beförderte das Bündnis nur das Polizeikonzept.

Neben der Unterstützung des Bündnisses gab es kein autonomes Konzept, das diesen Namen verdient hätte. Alles lebte von der Zielvorgabe des Bündnisses: "Möglichst viele verschiedene Menschen an diesem Tag gegen die Nazis auf die Straße zu bringen", wie die Rostocker Antifas immer wieder betonten.

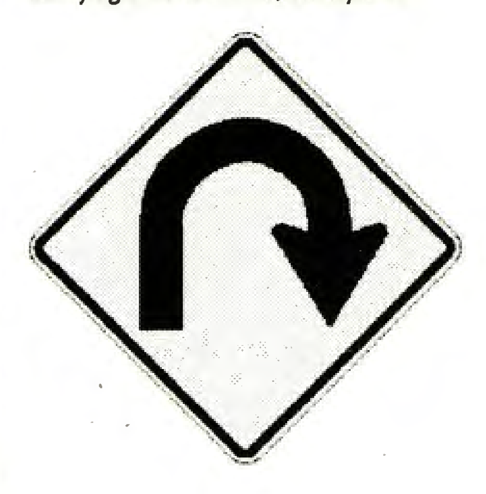
Auch wenn klar ist, daß man Fascho-Märsche nicht mehr wirklich unterbinden kann - zumindest der Versuch, sich ihnen entgegenzustellen, muß Anliegen autonomer Politik bleiben. Und dafür muß auch innerhalb von Bündnissen geworben werden. Denn eine linke Antifa-Demo zehn Kilometer vom Nazi-Auflauf entfernt symbolisiert eben nicht, daß man Nazis nicht tolerieren darf, sondern nur, daß es Linke und Rechte gibt in diesem Land. "Hoffen wir", denkt sich der brave Bürger da, "daß die mal nicht aufeinandertreffen ..."

Eigentlich könnte man sich von der plumpen Anti-Nazi-Politik verabschieden. Weil die rassistische Politik in Bonn gemacht wird, oder weil der allgemeine gesellschaftliche Rassismus auch ohne organisierten Neonazismus sein Unwesen treibt. Nur leider ist es für Linke und AusländerInnen vor allem im Osten Deutschlands nicht möglich, das Fascho-Pack zu ignorieren. Sie haben jeden Tag auf der Straße mit dem Terror der Rechten zu tun. Ihretwegen darf man den Nazis die Straße nicht überlassen.

Deshalb muß es auch weiterhin antifaschistische Mobilisierungen gegen Nazis geben. Dabei ist es vernünftig, nach BündnispartnerInnen zu suchen; aber wer sich auf diese verläßt, ist verlassen.

Ricki Brizio

aus: jungle world Nr. 40, 30. Sept. 98



Antifa heißt ...

... eben doch nicht nur Busfahren

Immerhin ein Gutes hatte die Bundestagswahl: Entgegen vielen Befürchtungen sind die rechtsextremen Parteien weder in den Bundestag noch in das Parlament in Mecklenburg-Vorpommern eingezogen. Selbst zusammen genommen haben die drei Nazi-Parteien die 5%-Hürde deutlich verfehlt.
Rückblickend lohnt es sicherlich zu fragen, ob die antifaschistische Mobilisierung etwas zu diesem Ergebnis beigetragen hat, also als »Erfolg« der Antifa zu werten ist.
Zumindest für die autonomen und Antifa-Aktionen am 19. September in Rostock läßt sich dies wohl mit Sicherheit ausschließen.
Rostock - um dies gleich vorwegzunehmen - war aus meiner Sicht ein komplettes Desaster. Und dies war leider nicht allein der ungünstigen Situation vor Ort geschuldet, sondern hat auch mit der Konzeptlosigkeit zu tun, mit der die Autonomen (und) Antifas nach Rostock gefahren sind.
Auf den gut besuchten öffentlichen Mobilisierungs- und Vorbereitungstreffen hatte sich erst einmal ein anderes Bild geboten: Coole Antifa-KämpferInnen verkündeten dem Publikum, es gebe für den geplanten Nazi-Aufmarsch in Rostock am 19.9. ein ausgeklügeltes Konzept, dessen Kern mehrere Straßenblockade bildeten. Mit dieser Strategie sollte verhindert werden, daß die Nazis überhaupt erst zu ihrem Aufmarschort im Stadtteil Lichtenhagen gelangen konnten.



Vor allem vor dem Hintergrund der Erfahrungen nach dem 1. Mai in Leipzig schien dieses Konzept auf den ersten Blick auch sinnvoll zu sein. Anstatt hilflos gegen einen von der Polizei geschützten Aufmarsch der Nazis zu demonstrieren, sollte diesmal versucht werden, es gar nicht zu einem Aufmarsch kommen zu lassen. Den Berichten der Rostocker Antifa zufolge gäbe es dort ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, der Stadtverwaltung und Antifas, die gemeinsam den NPD-Aufmarsch verhindern wollten. Dieses Bündnis würde auch zu den Blockadepunkten in der Innenstadt mobilisieren.
Nicht in diesem Konzept vorgesehen war die Möglichkeit, daß die NPD statt in Lichtenhagen an einem anderen Ort in Rostock demonstrieren würde, und das, obwohl es frühzeitig Hinweise darauf gab, daß die NPD eine solche Möglichkeit der Stadtverwaltung als Alternative vorgeschlagen hatte.
Eingetreten ist dann genau dieser Fall. Mit dem Segen der Gerichte demonstrierte die NPD im Rostocker Stadtteil Dierkow, der nun leider ganz am anderen Ende der Stadt liegt und dessen Zufahrtsstraßen von dem ursprünglichen Blockadekonzept überhaupt nicht tangiert waren.
Statt an den Blockadepunkten vorbei konnten die Nazis bequem und direkt über die Autobahn zu ihrem Aufmarschort gelangen, während die Antifas - soweit sie denn überhaupt schon angekommen waren - in der Rostocker Innenstadt festsaßen, da die einzige Zufahrtsstraße von dort von den Bullen dichtgemacht worden war.
Vielleicht hätte es ja sogar noch eine Möglichkeit gegeben, das Blockadekonzept Richtung Dierkow zu verlagern, wenn überhaupt ein relevanter Teil der Antifas zum Zeitpunkt des Blockadebeginns schon in Rostock gewesen wäre. Die saßen aber - zumindest wenn sie mit dem Bus oder im Konvoi gefahren sind - in den diversen Vorkontrollen fest, und es dauerte schließlich bis 10 Uhr, bis die letzten Busse aus Berlin in Rostock eingetroffen waren. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich längst mehrere Hundert Nazis in Dierkow gesammelt und selbst wenn es dann gelungen wäre mit einer Demonstration noch nach Dierkow »zu den Nazis« zu kommen, wäre das Ergebnis wohl eher ein Massaker als ein Erfolg gewesen.
Wieder einmal hatte sich gezeigt, daß die Buskonvois viel zu einfach von der Polizei gestoppt und damit jedes Konzept sabotiert werden konnte.
Das Problem waren aber nicht nur die zuspät gekommenen Buskonvois. Entgegen der Ankündigungen im Vorfeld gab es in der Rostocker Innenstadt keineswegs viele Aktionen eines breiten Bündnisses, bei denen die Aktionen der Antifas und Autonomen ein Teil unter vielen sein sollten.
Wer sich ab 8 Uhr an dem am nächsten bei Dierkow gelegenen Blockadepunkt traf, zählte praktisch ohne Ausnahme zur Szene. Von GewerkschaftlerInnen und BürgerInnen war weit und breit nichts zu sehen, und so blieb es auch während des ganzen Tages in der Innenstadt. Genauer müßte man natürlich sagen: Es waren überall BürgerInnen zu sehen, die allerdings die Aktionen der Autonomen und Antifas noch nicht einmal zur Kenntnis nahmen.
Nie habe ich ein so seltsames Szenario erlebt, in dem wir praktisch wie in Kulissen agierten. Nicht einmal Ablehnung schlug einem entgegen, sondern blanke Ignoranz. Während einzelne Bullentrupps prügelnd auf Leute mit Kapuzenpullovern Jagd machten, ging nebenan der Markt oder das Volksfest weiter, als würde nichts geschehen.
So blieb denn auch der Versuch, wenigstens noch eine Demonstration zu machen hilf- und ziellos und versandete in Scharmützeln mit den Bullen.

Konsequenzen?
Letztlich muß wohl gesagt werden, daß das Desaster in Rostock zumindest zum Teil selbst verschuldet war.
1. Das fängt bei den Vorbereitungstreffen an: Dort wurde von Seiten der Antifa ein Rundum-Sorglos-Paket präsentiert, bei dem die TeilnehmerInnen nur noch die Busfahrkarten kaufen sollten - für alles andere sei gesorgt. Nachfragen zum Konzept wurden abgebügelt und die Unklarheiten überspielt. Das ging so weit, daß selbst Einzelheiten über das Blockadekonzept des norddeutschen Konvois erst einen Tag vor der Abfahrt öffentlich bekannt gegeben wurden, für nicht an den internen Treffen Beteiligte also kaum eine Möglichkeit bestand, eigene Beiträge und Konzepte zu entwickeln oder gar Kritik an dem Konzept anzumelden.
Abgesehen davon, daß ich es für verantwortungslos halte Leute in potentiell militante Konzepte einzubeziehen, ohne diese öffentlich zu diskutieren, brachte diese Zentralisierung auch keine taktischen Vorteile. Im Gegenteil: Nachdem die Busse in den Kontrollen festhingen, gab es in Rostock keine Struktur, die eine Koordination hätte übernehmen können.
2. Die gesamte Planung konzentrierte sich auf ein Szenario. Als dies dann nicht eintrat gab es kein Konzept, wie mit der veränderten Situation umzugehen sei.
3. Letztlich müssen wir wohl sehen, daß beim Versuch, nicht nur gegen Rassismus zu demonstrieren, sondern den Nazis auch materiell etwas entgegenzusetzen die Autonomen und Antifas im Moment ziemlich allein da stehen. Zumindest in Rostock gab es auf der Straße noch nicht einmal den Ansatz eines Bündnisses.

Finn



Kein Mensch ist illegal,
aber ist damit auch die Politik scheißegal?

„Reden, auch wenn wir nicht gefragt sind"
Titelslogan der Kampagnenzeitung „kein Mensch ist illegal", Nr. 2 vom Juni 1998

Ende Juli fand im Rahmen der überregionalen Kampagne „Kein Mensch ist illegal" für etwas über eine Woche ein antirassistisches Aktionscamp in Rothenburg an der Neiße-Grenze zu Polen statt. Daran nahmen zwischen 150-200 Leute teil: eine bunte Mischung von Pro-Asyl-MenschenrechtlerInnen, KampagnenaktivistInnen, Jung-, Alt- Ex-Autonomen und Ost-Antifas. Wir brauchen in diesem Beitrag auch deshalb keine Aktionschronologie zu schreiben, da sie weitgehend aus dem beigefügten - allerdings mit einem irreführenden Titel veröffentlichten - Artikel in der Jungle World (JuWo) hervorgeht. Darüber hinaus wollen wir uns bei den nicht sehr zahlreichen Camp-OrganisatorInnen für das mühsame wie arbeitsreiche Hinstellen einer halbwegs funktionierenden Camp-Basis-Struktur, bestehend aus Dixi-Toiletten, Zelten, Wasserversorgung, Funken, Futterversorgung und noch einigem anderen mehr, bedanken. Ohne selbst einen Handschlag dafür selber zu tun, haben wir sie in aller Selbstverständlichkeit in Anspruch genommen und es uns darin so bequem als irgend möglich gemacht. Doch genug der höflichen Form; wir wollen uns gleich, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, auf ein paar uns tatsächlich politisch interessierenden Fragen konzentrieren.



1. Provokationseffekt eines aktivistischen Anti-Ra-Camps

„Geh' doch nach Russland!"
Spontane Reaktion eines Görlitzers auf die freundliche Aufforderung, sich an der Anti-Ra-Demo zu beteiligen[1]

Von den KampagneninitiatorInnen wurde als ein Ziel des Sommercamps die Absicht formuliert, das Grenzregime am Rande der EU- und Schengenstaaten mit vielfältigen Aktivitäten, wenn nicht ins Wanken, so zumindest zur Sprache zu bringen."[2] Es ging also in diesem provinziellen Raum darum, mit Hilfe von Protesten der unterschiedlichsten Art so etwas wie Öffentlichkeit herzustellen. Und zwar über die vom Bundesgrenzschutz (BGS) engagiert in einem „Denunziationsbündnis" mit Teilen der ansässigen Bevölkerung ausgeübte Menschenjagd-Praxis an derjenigen Grenze, die über die größte Polizeidichte in Europa verfügt.[3]
Das Ziel „Öffentlichkeit zu schaffen" stellte sich auch relativ schnell in Folge von ein paar, vermutlich von TeilnehmerInnen des vorangegangenen Frauen-Camps an einigen Görlitzer Häuserwänden angebrachten schönen Anti-Ra-Graffitis ein: Ortsansässige Rassisten machten darob ihrem Haß sofort Luft und verfaßten mit unbezweifelbar ehrlichem faschistischen Geifer Leserbriefe an die Lokalzeitung. Der in der Region spürbar gegen die Idee von „Kein Rassismus" ansteigende Hetzpegel sorgte dann auch dafür, daß lange Zeit unsicher war, ob das Camp stattfinden konnte, weil der Vermieter versuchte, den bereits angemieteten Campingplatz wieder zurückzuziehen. Schließlich mußte er unter Hinweis auf die Bestimmungen des bürgerlichen Vertragsrechtes zur Räson gebracht werden. Wie sehr die Existenz des Camps in der regionalen Bevölkerung die Runde machte wird auch an einer Äußerung des Bürgermeisters der Stadt Rothenburg deutlich, die dieser anläßlich der Eröffnung des alljährlich großen Rummels in der Stadt machte. Unter Hinweis auf das Camp warnte er die Bevölkerung vor den AktivistInnen von „Kein Mensch ist illegal", die möglicherweise kommen könnten „um zu diskutieren". Als Taktik gegen dieser schlimmen Gefahr schlug der Bürgermeister den Rummel-BesucherInnen vor, eventuelle Diskussionsattacken dann doch „einfach zu ignorieren". Kurz und gut: Allein die Absicht, ein antirassistisches Camp ausgerechnet in einer Region durchzuführen, in der praktizierter Rassismus so alltäglich geworden ist, daß er als das „Normalste von der Welt" erscheint, konnte auf ein großen Provokationseffekt rechnen, der dann mit einer Fülle von oftmals nicht polizeilich angemeldeten Happenings noch gesteigert wurde. Egal wie man die ohnehin begrenzten Wirkungen derartiger Aktivitäten einschätzen mag, allein die durch das Camp gegebene öffentliche Sichtbarkeit eines Widerspruches störte die in dieser Region mühsam vom BGS und seinen vielen ortsansässigen Freunden und Helfern hergestellte Normalität eines alltäglichen obszönen Tuns.
In dem Camp selber war es wirklich beeindruckend mitzubekommen, wie nicht nur in den Plenumsdiskussionen über „Schutz vor Faschos" das Bedürfnis nach „Sicherheit" bei manchen Camp-TeilnehmerInnen analog zu dem in der Bevölkerung unendlich zu sein schien, und wie sich irgendwie dennoch aus dem unübersichtlichen Camp-Chaos-Gewusel immer wieder Leute zusammenfanden, um etwas auf die Beine zu stellen. In diesem Sinne wäre dem JuWo-Artikel noch nachzutragen, daß das „Kein Mensch ist Illegal"-Fahrrad-Team mit Witz, Überraschung und ungedopter Aktionsphantasie an der 1. Etappe der 14. Sachsen-Tour '98 am Dienstag in Görlitz teilgenommen hat. Das Anti-Ra-Team überquerte zum sprachlosen Staunen der anwesenden ZuschauererInnen weit vor allen anderen 21 Teams siegreich die mit Sponsoren und öligen Moderatoren zugepflasterte Ziellinie. Es stimmt noch immer: Was unbezahlten Aktivismus und Aktionstechnologie angeht, kann Autonomen in dieser Gesellschaft niemand so schnell das Wasser reichen. Soweit so lustig. Doch damit fangen auch schon unsere ersten Probleme mit dem weitgehend durch Orga-Kram und Aktivismus dominierten Camps an. Und um die ungefähre Richtung unseres Unbehagens schon einmal anzugeben, zitieren wir einfach aus der zu diesem Camp mobilisierenden, u.a. via TAZ breit gestreuten Kampagnenzeitung. Dort wurde von zwei Gruppen aus Hanau und München u. a. der Anspruch formuliert, daß die Kampagne „nicht repräsentieren, sondern Auseinandersetzungen anzetteln" wolle. „Unmittelbarer Handlungsdruck (dürfe) nicht zum Ausblenden perspektivischer Fragestellungen führen. Weitergehende Fragen und zum Teil widersprüchliche Positionen wie beispielsweise zum illegalen Arbeitsmarkt wurden bislang nur wenig diskutiert."[4] Das ist in mehr als vernünftiger Anspruch, finden wir. Wurde er aber durch das Camp auch eingelöst? Wir meinen 'Nein', und nicht nur das, sondern auch was es bedeutet, wollen wir anhand von ein paar Beispielen illustrieren.



2. Die Grenzen einer „offenen Abendveranstaltung" in Görlitz und auch anderswo

„Allen, die unsere schöne Stadt noch nicht kennen, wünsche ich, daß sie diese kennenlernen, sich in ihr wohlfühlen und auch in Zukunft oft ihre Besucher sein werden."
Der Görlitzer Bürgermeister Prof. Dr. R. Karbaum

Am Dienstag wurde in Görlitz eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema:

„Menschenschmuggel? Fluchthilfe! Denunziation? Keine Kooperation mit den Behörden!" durchgeführt. Diese Veranstaltung sollte hauptsächlich dazu dienen, Einwohnern aus der Region einen einfachen Zugang zu dem mit dem Camp geltend gemachten politischen Anliegen zu eröffnen. Aus diesem Grunde hatten sich die VeranstalterInnen auch die Zusage des örtlichen SPD-Bürgermeisters erschlichen, dort bitte ein „Grußwort" zu sprechen. Doch weder der, noch sonstige Görlitzer mochten den Weg in den hübsch renovierten Bürgersaal finden. Das gibt doch eigentlich zu denken. So begann die Podiumsveranstaltung im Beisein der fast vollständig anwesenden knapp 200 Camp-TeilnehmerInnen. Als erstes wurde die VeranstaltungsteilnehmerInnen mit einem Film- und dem Dia-Referat einer „Soziologin" über die Praxis der Fluchthilfe aus Nazi-Deutschland und aus der DDR unterrichtet. Durch diesen Beitrag wurde neben vielen Informationen deutlich, daß „Fluchthelfer" eigentlich ganz o.k. sind und sogar in der früheren West-BRD als richtige „Freiheitshelden" gefeiert wurden, die man allerdings als Fluchtwilliger mit ca. 15.000 DM alimentieren mußte. Demhingegen werden die „Fluchthelfer" von heute vielleicht auch deshalb schlecht gemacht, weil sie oftmals nur noch 1.000 DM für die Hilfe bei der Überquerung der Ostgrenze Richtung BRD verlangen. Danach schilderte eine Frau aus Erfurt ihr Schicksal als kriminalisierte Fluchthelferin von in der BRD von Abschiebung bedrohten Exilanten, und erklärte am Schluß unter großem Beifall, daß sie sich auch in Zukunft von einem derartigen Tun nicht abhalten lassen werde. In dem darauf folgenden Beitrag stellte eine Aktivistin die Arbeit und die damit zusammenhängenden Probleme einer antirassistischen Gruppe in Zittau dar, worauf sich als letzter Beitrag der Bericht eines Pfarrers aus Hamburg-St. Pauli über das seit mehreren Monaten anhaltende Kirchenasyl einer Gruppe von kurdischen Flüchtlingen in seiner Kirche anschloß. Selbstverständlich erhielten auch diese Referate vom Publikum Beifall, und es wurde vielleicht auch deshalb nun von der Diskussionsleiterin zur „offenen Diskussion" aufgefordert. Doch was hätte man nun diskutieren sollen? Schließlich setzt ja allein der Begriff der „Diskussion" mindestens zwei voneinander abweichende Standpunkte voraus. Solche waren aber nun vom Podium herab nicht formuliert worden. Und auch im Publikum gab es niemanden, der zu den von den ReferentInnen dargestellten vielen praktischen Beispielen der ehrbaren Flüchtlingsunterstützung öffentlich einen Widerspruch formulieren wollte. Ob wohl die VeranstaltungsinitiatorInnen geglaubt haben, daß die Aufgabe des Widerspruches von den Görlitzern hätte wahrgenommen werden sollen, die ja nun bekanntlich gar nicht erst kamen? So war die Diskussion auf dieser Veranstaltung, die ja hinsichtlich der ReferentInnen fast gänzlich im alten Betroffenheits-Repräsentationsmodell der 70er Jahre angelegt war, im Grunde genommen auch schon zu ende, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Die Weigerung fast aller Anwesender (wohl nicht nur) im Saale, über das was sie wollen und tun gerade im Zusammenhang mit Politik zu sprechen, war körperlich spürbar. Doch mit den allseits bekundeten guten Absichten ist das Politische glücklicherweise noch lange nicht aus dem Raum. Um ein zu frühzeitiges Ende eben jener Veranstaltung zu vermeiden, wurde von einer Podiumsteilnehmerin an möglicherweise ja dennoch anwesende Leute ausgerechnet aus Görlitz eine Frage gestellt. Gleichsam als sei man selber zu dumm dafür, diese Frage zu reflektieren, ging es darum, nun von „den Görlitzern" in Erfahrung zu bringen, warum denn 70% aller Festnahmen von Flüchtlingen in der Region auf Denunziationen aus der Bevölkerung zurückgehen. Doch nicht nur die „Görlitzer" - wer immer das auch sei - waren klug genug, einfach die Antwort auf ihre Beteiligung an der Erzielung dieser vom BGS so stolz in der Öffentlichkeit präsentierte Menschenjagdzahl schuldig zu bleiben. Im Grunde genommen hätte spätestens mit Hilfe dieser eigentümlich diffusen Frage unter den Anwesenden eine Diskussion über die Grenzen ihres doch eigentlich politischen Handelns und dessen Verortung in der Region beginnen müssen, was aber letztlich nicht erfolgte. Stattdessen ergriff im Laufe der sich hinschleppenden Diskussion noch ein Camp-Organisator das Wort und legte sowohl in Gestus als auch Wortwahl doch glatt einen Staatspräsidenten-Talk hin. Darin beklagte er sich darüber, daß es in der Bevölkerung „in mir nicht verständlicher Weise" eine „Hetze gegen das Camp gegeben" habe, und doch tatsächlich - „in mir nicht verständlicher Weise" der Eindruck erweckt worden sei, hier würden „Linksterroristen" anreisen. Ob dieser Worte mußten sich einige schon seit Jahren in eben dieser „Linksterrorismuskartei" geführte GenossInnen doch wundern. Daß es also nach Anti-Ra-Gaffittis an Görlitzer Häuserwänden doch tatsächlich zu einer „Hetze" durch Teile der Bevölkerung kommen konnte, nein, das konnte man als politischer Anti-Ra-Aktivist weder vorhersehen noch eigentlich verstehen, zumal doch gerade wir wegen unserer guten Absichten mit einer „Linksterrorismuskartei" nun wirklich nichts zu tun haben. Wie friedlich und schön könnte doch auch die Welt in Görlitz sein, wenn es nicht immer soviele Mißverständnisse geben würde. Ach, hätten doch die Görlitzer diese schönen Gedanken gehört, sie hätten sie bestimmt geglaubt, ganz ehrlich. Doch die waren - wir hatten es bereits gesagt - nicht da, und nachdem ausgerechnet die vielen anwesenden Camp-TeilnehmerInnen in einer Art Mimikry nun lang genug bürgerliche Öffentlichkeit gespielt hatten, plätscherte die Veranstaltung langsam aus.



3. Moralbande gegen Staatsbande?

Journalistin: „Wie finden sie die Grenze?"
Görlitzer Einwohnerin: „Ja, die Grenze ist scheiße. Da kommen die ganzen Kriminellen 'rüber."

Dieser eher impressionistische Veranstaltungsbericht erhebt keinen Anspruch auf Genauigkeit oder gar Vollständigkeit. Er dient nur zur Illustration der These, daß sich die an der Veranstaltung teilnehmenden Leute wieder einmal um die Zuspitzung dessen herumgemogelt haben, was sie eigentlich wollen, und zur Reflexion darüber, mit welchen konkreten Grenzen sie dabei konfrontiert sind. Aber vielleicht ist es ja ein Mißverständnis anzunehmen, daß die Teilnahme an einem derartigen Aktionscamp etwas „Politisches" ist. Vielleicht geht den meisten TeilnehmerInnen nur darum, sich zu so etwas wie eine Moralbande zu konstituieren, der es nicht um die Veränderung der Gesellschaft, sondern ausschließlich darum geht, gegen die anwesende böse und hocharmierte Staatsbande die Rolle der Guten zu spielen. Entsprechend wurden dann die bei den Aktionen - aus welchen Gründen auch immer - absolut zurückhaltend agierenden BGS-Bullen schon einfach mal so als „Mörder, Mörder" bezeichnet. Und da es ja sowieso im Grunde egal ist, was man mit Parolen versucht politisch zu äußern, ließ sich auch die alte Parole: „Deutsche Polizisten üben fleißig für ein neues dreiunddreißig" recyceln. Da man ganz offensichtlich nicht weiß, was die Realität ist, und es ja so genau auch nicht wissen will, kann man wohl auch gleich mit einer beliebigen Projektion in die Zukunft die Vergangenheit bekämpfen, damit man sich nur in der Gegenwart nicht allzu genau fragen muß, was man da eigentlich tut und will. Doch mit Verlaub: Die Realität ist 1998 auch ohne „33" schon schlimm genug, sie braucht diese Verfälschung nicht. Und das gilt besonders, wenn man sich in ihr nicht mit Hilfe der Historie bloß amüsieren, sondern politisch handeln will.

Dabei geben wir gerne zu, daß auch aus unserer Sicht gerade in der Flüchtlingsfrage nichts gegen ein Handeln aus moralisch-humanitären Motiven spricht, wenn es um eben diese Grenzen weiß. Da, wo aber genau das nicht reflektiert wird, macht man sich selbst dümmer, als man es tatsächlich ist. Im schlimmsten Fall belügen die Leute mit ihrer unreflektierten öffentlichen Praxis nicht nur andere, sondern sogar sich selbst. Und wenn man nicht wissen will, was man tut, dann muß man damit rechnen, daß man dann früher oder später von anderen gesellschaftlichen Kräften politisch gespielt zu werden.

Unser Ärger rührt vor allem daher, daß wir selbst nicht so genau wissen, was die politischen Hintergründe und Konsequenzen der aus dem kirchlichen Milieu unterstützten Parole „Kein Mensch ist illegal" sind. Und wir meinen, daß in genau dieser und keiner anderen Perspektive allemal, das vom Zaun brechen eines Streites lohnt. Im Camp wurde ein solcher Streit aber leider von niemandem organisiert.



4. Die Flüchtlinge als Projektionsfläche für das Gute ...

Wir glauben, daß es nicht nur Zufall war, daß bei dem erwähnten Pro-Flüchthilfereferat den heute konkreten Flüchtlingen in der BRD-Staat keine besondere Aufmerksamkeit, geschweige denn eine Reflexion gewidmet wurde. In diesem Beitrag blieb völlig unerörtert, inwieweit sich die gleichfalls mythisierte Figur des exklusiv politischen, antifaschistischen und antikommunistischen Flüchtlings der 30er bis 80er Jahre dieses Jahrhunderts auf die heutige Situation übertragen läßt. Und dieser „blinde Fleck" hängt sicherlich nicht nur damit zusammen, daß ein jeder in die BRD migrierte Flüchtling immer auch eine mit Haut und Haaren verkörperte Demonstration für die Attraktivität eben dieses Gesellschaftsmodells ist; eines Gesellschaftsmodells, von dem wir doch denken, daß es nicht das „Ende der Geschichte" sein kann und auch nicht soll.

In der Mobilisierungszeitung für das Camp beschreiben die Kampagnen -Aktivisten Flüchtlinge als diejenigen, „die vor Hunger, Ausbeutung und Krieg fliehen, die in ihrem Herkunftsland keine Chancen mehr sehen, ihre Heimat verlassen müssen, die Mühen und Strapazen einer oft tausende von Kilometern langen Flucht auf sich nehmen". Unmittelbar nach dieser Beschreibung nehmen sie eine unmißverständliche Bewertung vor: „Wir bewundern den Mut, die Ausdauer und die Entschlossenheit dieser Menschen."[5] Auch wenn schon im Begriff der Bewunderung sowohl identifikatorische Projektion als auch Distanz angelegt ist, so sind diese Aussagen insoweit richtig, daß niemand „nichts als bloß armer Teufel" ist, „der es über alle geographischen Entfernungen und administrativen Hürden bis zur deutschen Grenze schafft. Er hat Strapazen ausgehalten, unter denen wir zusammenbrechen würden, er hat sich durchgeschlagen, wo unsereiner resignieren und kapitulieren würde. Er hat erfolgreich ein Überlebenstraining absolviert, wie es bei manchen Firmen heute zum Selektionsverfahren für Führungskräfte zählt."[6] Das klingt vielleicht beim ersten Lesen zynisch, ist es aber nicht, wenn man sich noch einmal an Erfahrungen aus der autonomen Flüchtlingsunterstützungarbeit der 80er Jahre erinnert. In ihnen wurde „offensichtlich (...), daß unter den in die BRD gelangten Flüchtlingen viele der Mittel- oder Oberschicht entstammen (meist sind nur in diesen Schichten die finanziellen Möglichkeiten für eine Flucht nach Europa gegeben) und somit die politischen Ziele und Interessen der Flüchtlinge und ihrer linken UnterstützerInnen - jenseits der Forderung nach Aufenthaltsrecht - weit auseinandergehen."[7] Da wir glauben, daß diese Feststellung auch heute noch Gültigkeit beanspruchen kann, finden wir es politisch fehl am Platze, den „Mut, die Ausdauer und die Entschlossenheit" von Flüchtlingen bewundern zu sollen. Unseres Erachtens sollte die Frage, ob die Flüchtlinge mutig, gar mutiger als wir selbst sind, oder ähnliche Erwägungen über die 'Qualität' dieser Menschen nicht den Ausschlag für unser Engagement geben. Auch finden wir es absurd, „für die Flüchtlinge" zu sein, als könnten wir diesem Status irgend etwas Positives abgewinnen. Letztlich finden wir es politisch angebracht, für das freie Aufenthaltsrecht aller Menschen überall auf der Welt zu sein, so daß der Status „Flüchtling" endgültig in Vergessenheit geraten soll.



5. ...doch das freie Aufenthaltsrecht im öffentlichen Raum wird nicht nur Flüchtlingen entzogen

Es ist ein Mißverständnis zu glauben, von den Beschränkungen des Aufenthaltsrechtes hier wären nur und ausschließlich Flüchtlinge betroffen. Dieses Mißverständnis wird zwar noch eine Zeitlang aus durchsichtigen Interessen gerne von der herrschenden politischen Klasse erweckt werden, ist aber trotzdem eins. Erinnern wir uns nur daran, daß während der 96'er Chaos-Tage in Hannover kurzerhand und einfach so das Aufenthaltsrecht für „Punker" - wer immer das juristisch sei - suspendiert wurde. Der Kern der vom Bundesverfassungsgericht im Mai 1996 verkündeten Asylrechtsentscheidung besteht ganz offensichtlich darin, nicht nur Flüchtlingen die Rechtsstaatsgarantie zu entziehen, sondern auch darin, staatliches Handeln in Zukunft von jeder juristischen Kontrolle freizustellen. Diese Entscheidung begünstigt eine aktiv vorangetriebene gesellschaftspolitische Entwicklung des Ausschlusses der Massen nicht nur aus der Politik, sondern überhaupt aus jeder Form der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Und dabei ist die Politik der Kriminalisierung der Armut in den Metropolen - für die die Millionen zählende, im Gefängnisstaat USA eingekerkerte Knastbevölkerung gruseliges Anschauungsmaterial liefert[8] - das Spiegelbild einer Entwicklung, in der gerade sogenannten „Fremden" Bürgerrechte hier gar nicht erst gewährt werden.

Deshalb ließe sich gerade im Zusammenhang des „Aufenthaltrechts" in Görlitz und anderswo über das ganz harte eigene Interesse öffentlich sprechen, im Angesicht des sukzessiven Entzuges von Rechtsstaatgarantien nicht selbst eines Tages ähnlich rechtlos gemacht, gesellschaftlich stigmatisiert, „denunziert" und danach vom Staatsapparat weggefischt, körperlich gequält und nach nirgendwohin abgeschoben zu werden. Und gerade vor dem Hintergrund des nackten Interesses, in diesen doch etwas bedrohlich gewordenen Verhältnissen die „eigene Haut zu retten" müßte unsere „Politik" neu durchbuchstabiert, d.h. immer auch aufgeklärt werden.



6. Friedlichkeit und Widerstand?

„Das ist hier eine friedliche Aktion!"
Lautsprecherdurchsage in Bad Muskau, als sich behelmte BGS-Bullen an Demonstranten vorbeidrängelten

Auch wenn es sich im Rahmen des Aktionscamps nicht um besonders „militante" Aktionen gehandelt hat, so bedeutet das noch lange nicht, daß sie damit auch in irgendeiner Weise „friedlich" waren. Daß es dennoch in jener Situation zu der Wahl

dieses Begriffes kam, ist dem Umstand geschuldet, daß man meinte sich in einem kurzen Moment möglicher Konfrontation mit den BGS-Bullen auf die Position, „daß wir es doch gut meinen", zurückziehen zu müssen. Subjektiv ist da immer eine ganze Menge verständlich, aber nicht nur politisch ist gut gemeint immer das Gegenteil von gut. Es ist einfach nicht richtig, Happeningaktionen, die bewußt nicht gemeinsam mit den Bullen vorbereitet wurden, mit einem Begriff zu maskieren, der die doch angestrebte politische Konfrontation verschleiert, - die aus BGS-Sicht schlicht darin besteht, daß eben diese Aktionen „illegal" sind.

Wenn wir für die während des Camps laufenden Aktionen eher den Begriff „Happeningaktionen" verwenden und nicht bereit sind, den beispielsweise mehrfach in dem JuWo-Artikel verwendeten Begriff „Widerstand" zu benutzen, so bestimmt nicht deshalb, um sie in ihrer Bedeutung zu schmälern. Vielmehr geht es darum, nicht mit falschen Begriffen die faktischen Grenzen zu verwischen, denen die weitgehend öffentlich vorbereiteten Aktivitäten des Aktionscamps nun mal unterlagen. In einem politischen Sinne macht die Verwendung des Begriffes „Widerstand" nur dann Sinn, wenn darunter immer auch das Stellen der Machtfrage verstanden wird. Mit Verlaub: Hätten die TeilnehmerInnen des Aktionscamps gegenüber den zahlreich aufgefahrenen wie militärisch armierten BGS-Bullen die Machtfrage gestellt, es hätte für niemanden einen Zweifel daran geben können, wer als Sieger daraus hervorgegangen wäre. Das gleiche gilt übrigens für das in der Tat komplizierte Verhältnis zu einer gegenüber dem politischen Anliegen des Camps weitgehend passiven oder feindseligen Bevölkerung. Um es noch einmal zuzuspitzen: Aus unserer Sicht stellen sich weder in Rothenburg, Görlitz noch anderswo in dieser Gesellschaft derzeit politische Machtfragen, und an der Frage des Umganges mit Flüchtlingen schon gar nicht. Klar, daß gerade beim rassistisch motivierten staatlichen Umgang mit Flüchtlingen erheblich mehr protestiert, verhindert und blockiert werden müßte, als es derzeit der Fall ist. Wer aber meint, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsaktionen „Widerstand" nennen zu müssen, nimmt nicht nur sein Wünschen für die Realität, sondern stellt damit die Machtfrage auf dem Terrain des Gegners. Mit dieser gesellschaftspolitischen Blindheit kann man aber nur verlieren. Vielleicht mag diese Kritik auf den ersten Blick als Begriffsklauberei erscheinen. Doch wer meint, Begriffe einfach so auf's geratewohl in den Raum schieben zu können, der gibt nicht nur ein gesellschaftspolitisches Kampfterrain auf, sondern stiftet zu den fremden Leuten, die doch mit Hilfe von Aktionen aufgefordert werden, sich politisch mit dem geltend gemachten Anliegen assoziieren zu sollen, nur Verwirrung. Aus diesem Grunde ist es keineswegs egal, in welchen Begriffen man politisch kämpft.



7. Erfolg, Lüge und aufgegebenes Kampfterrain

Auch wenn auch wir finden, daß es keinen Grund dafür gibt, über den Verlauf des Camps „in Sack und Asche" zu gehen, so müssen wir uns doch über eine Aussage wundern: „Als voller Erfolg wurde die Aktionswoche von den InitiatorInnen der Kampagne 'Kein Mensch ist illegal!' eingestuft." (JuWo) Was bitte ist der Maßstab für diesen „Erfolg"? Im Sinne einer im Vergleich zu Greenpeace-Ressourcen allemal als Low-Budget-Kampagne zu bezeichnenden Aktionsmanagements ist diese Aussage ja zweifellos richtig. Insofern es also um den bloßen Fortbestand der Kampagne und nicht um Politik geht, war das Camp sicher nützlich. Voraussetzung von „Erfolg" in einer derart eng geführten Form bleibt allerdings, daß sich auch in Zukunft genügend Leute nicht zu viele selbständige politische Gedanken machen, wenn sie ihre Körper als Kampagnen-Aktionsgefäße zur Verfügung stellen. Diese Form von Erfolg schafft auf jeden Fall keinen Grund zur Beunruhigung. Man kann es aber auch mehr als beunruhigend finden, daß nicht versucht wurde, die zwischen den CampteilnehmerInnen unbezweifelbar vorhandenen Differenzen in die organisierte Kommunikation und Auseinandersetzung zu bringen. Bitte schön: Welche politischen Perspektiven sind in die Parole „Kein Mensch ist illegal!" genau eingeschrieben, und wenn sie sich (noch) nicht formulieren lassen, was bedeutet das für das Handeln heute? Wer meint, das sei doch „eh' alles schon klar", der belügt nicht nur andere, sondern sogar sich selbst. Nebenbei gibt er ein eminent politisches Kampfterrain auf, das darin besteht, daß wir uns gegenseitig die Karten darüber legen, was wir eigentlich gemeinsam politisch wollen. Wäre das im Verlauf des Camps geschehen, wären die Leute nach seinem Ende anders an ihre Wohnorte zurückgekehrt. Das Aktioncamp hat aber genau diesen - man verzeihe uns diesen altmodischen Begriff! - Politisierungsprozess für seine TeilnehmerInnen nicht geleistet, wovon die Münchener und Hanauer Gruppe mit ihrem in der Tat etwas undeutlichen Begriff der „weitergehenden Perspektiven" gesprochen haben. Was hat eigentlich das Camp mit den Camp-TeilnehmerInnen selber gemacht, außer in den Köpfen Aktionsanekdoten zu hinterlassen? Wir können das auch deshalb nicht beantworten, weil genau darüber im Camp nicht gemeinsam diskutiert wurde - vielleicht weil zu ahnen war, wie weit man dann tatsächlich voneinander entfernt ist. Wer nun spontan einwenden mag, daß dafür während des Camps „einfach die Zeit gefehlt" habe, der hat noch nicht begriffen, daß „Zeit" niemals einfach nur da ist, und dann auch einmal ganz plötzlich „fehlt", sondern selber zuvor durch mehr oder weniger bewußt gefällte Entscheidungen auf- und ausgefüllt ist. Wenn man sich in den Camp-Vorbereitungen zuvor darauf verständigt haben sollte, Politikverzicht zu üben, dann müssen wir das respektieren, auch wenn wir damit nicht einverstanden sind. In dieser Hinsicht war das Camp für uns jedenfalls kein Erfolg.



8. Kommt noch irgend etwas und wohin geht's weiter?

Der kleinste Kontinent der Welt ist auch nach '89 immer noch geteilt. Und so wie die Mauer als Trennlinie zwischen Freedom, Democray und Kapitalismus auf der einen, und realem Sozialismus, Gerechtigkeit und Planwirtschaft auf der anderen Seite nach nicht einmal 30 jähriger Existenz zerbröckelt ist, so sicher ist es, daß irgendwann auch einmal die Oder-Neiße Grenze als räumliche Trennlinie zwischen den Reichen und den Armen auf der Welt fallen wird. In welcher Perspektive aber diese Mauer fallen wird, steht völlig dahin und ist in hohem Maße davon abhängig, wie heute politisch argumentiert und gehandelt wird. Genau diese Frage hat uns ja auch in diesem Artikel umgetrieben. Aber auch weil wir finden, daß „Politik" noch lange nicht alles ist und nach unserem Verständnis auch niemals sein soll und darf, können wir uns in diesem Sinne in der Zukunft vorbehaltlos dem anschließen, was in der bereits ausführlich zitierten Mobilisierungszeitung der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" so ausgedrückt wurde: „Der Kampf gegen die Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber

Achtung, schon mal vormerken - am 14.11. **Mega-Soli-Zeck-Party**, Rote Flora - nekremrov lam nohcs ,gnuthcA

Rote Flora 10:98

08.10;	21:00	Fishcore Konzert mit **Dropdead** (U$A) & **Cress** (UK)	Donnerstag
09.10;	23:00	**King Step Hifi** & **IRI HIFI Roots** and **Culture Night**	Freitag
10.10;	22:00	Soliparty für die **Hamburger Frauenzeitung**	Samstag
11.10;	22:00	**Club** der kulturell Verunsicherten	Sonntag
13.10;	18:00 ca.	Dubcafé mit **Schlump Vibration** o.**I-Livity Sound**	Dienstag
16.10;	17:00 bis	**Frauen-Festival** für alle Frauen/Bi/Lesben/	Freitag
18.10;	abends	transidentisch/biologisch 16.10; ab 21:00 Konzert mit der Kölner Frauen-HC-Band **Low End Models** und weiteren Bands 17.10; ab 22:00 FrauenLesben Party. Musik von NDW und 80er Jahre über rock, pop, riot grrrl bis punk und hardcore, vorallem Frauengesang. Kontaktadresse: Versiegelte Zeiten, Amandastr. 61 b, 20357 Hamburg *! Vom 16. - 18.10. haben Männer in der Flora nix zu suchen !*	Sonntag
20.10;	18:00 ca.	Dubcafé mit **Roots Commandment** & **Selectronic Force**	Dienstag
22.10;	21:00	HC-Konzert mit **Cheapskate** & **Debt** (Ireland) und einer Punk/HC-Band aus Hamburg	Donnerstag
23.10;	23:00	Shantytown presents: All the way from London - **JAH WARRIOR** & **Culture Freeman** presenting the last release: DUB FROM THE HEART VOL.2	Freitag
24.10;	22:00	Soliparty für **Infoladen Anna&Arthur**/Lüneburg Beatlastiges von verschiedenen Dj's	Samstag
27.10;	18:00 ca.	Dubcafé mit **Kingstep Hifi**	Dienstag
30.10;	22:00	**ALL THE REGGEA YOUTHZ** 2-floor-sound with Tuna Sound (Rostock), Uplifter (Elmshorn), Weed Acoustix, I-Livity, Senzi Sound, Selectronic Force & Kingstep Hifi (HH)	Freitag
31.10;	21:00	Konzert mit **Stage Bottles** (Frankfurt/M.) und einer weiteren Ska/Punk Band	Samstag

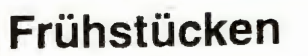
Soliparty fürs Café Exil am 17.10.
Laue's Souterrain, Ludwigstraße 8
Ebenda: **Graffiti-Ausstellung** mit Barbetrieb
Vom 14.10. – 26.10., jeweils 14:00 – 22:00

Regelmäßige Termine:

18:00 - 22:00	Volxküche, veganes Essen	montags
18:00 - 23:00	DUBCAFE mit verschiedenen Sounds	dienstags
16:30 - 19:00	Café und Kuchen	mittwochs
18:00 - 21:00	Volxküche, veganes Essen	donnerstags
12:00	Frühstück	samstags
12:00	alle 2 Wochen FRAUEN/ LESBEN Frühstück	sonntags







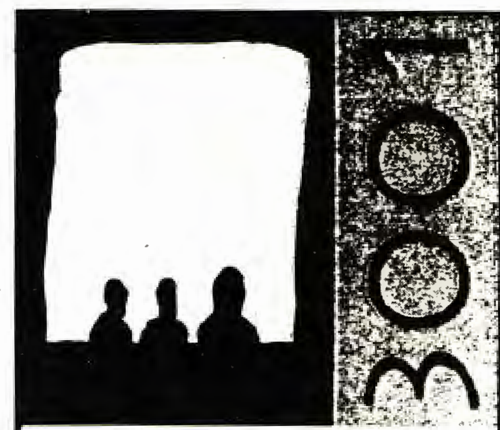




c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG	20357 HAMBURG
TEL 040/4300808	TEL. 040/4300858
FAX 040/4301637	SPIELE 040/4396832
	FAX 040/433811

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



Das Kino im Schanzenviertel
Vorstellungen um
16.00 + 18.00 + 20.30 + 22.30 Uhr
Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken



im **FRITZ BAUCH**



KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00



